

Österreich bekämpft Korruption zu lasch

Der Rückfall im Korruptionswahrnehmungsindex auf Rang 17 lässt die Alarmglocken schrillen. Experten fordern Transparenz in der Politik.

FRITZ PESSL

WIEN. Der Korruptionswahrnehmungsindex, der von Transparency International (TI) jährlich weltweit erstellt wird, weist Österreich kein gutes Zeugnis aus. Nach Rang 16 im Vorjahr ist die Alpenrepublik um einen Platz abgerutscht und liegt jetzt hinter Hongkong. Bei insgesamt 176 erfassten Staaten wird die Rangliste von Dänemark, Finnland und Neuseeland angeführt, als die korruptesten Länder gelten Nordkorea, Syrien, der Südsudan und Somalia. „Der zögerlich begonnene Weg in Richtung mehr Transparenz und Korruptionsfreiheit wird nicht konsequent weitergegangen“, kritisiert Eva Geiblinger, Vorstandschefin von TI Österreich.

Der Wahrnehmungsindex in Sachen Korruption sei für den Wirtschaftsstandort von großer Bedeutung. „Es besteht akuter Handlungsbedarf, um eine nachhaltige Beschädigung der Reputation Österreichs in der internationalen Geschäftswelt abzuwenden.“ Geiblinger verlangt nicht nur ein glaubwürdiges öffentliches Bekenntnis

zu mehr Transparenz in Politik und Wirtschaft, sondern die aktive Umsetzung der eingeleiteten Schritte.

Auch TI-Ehrenpräsident Franz Fiedler ortet Stillstand im Kampf gegen die Korruption. Für Fiedler beginnt Korruption nicht erst beim Verdacht von strafbarem Verhalten, sondern schon im Vorfeld. „Transparenz ist vielfach ein Fremdwort.“ Als Beispiele nennt er aktuelle Fälle wie die Privatstiftung Erwin Prölls

Gesundheitsbereich ist anfällig für Korruption

(ÖVP), die mit Steuergeld gefördert wurde. Oder den angekündigten Wechsel von Wiens Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) zu Siemens Healthcare. Für einen Politiker, der in einem Unternehmen mit engen wirtschaftlichen Verbindungen zu dieser Gebietskörperschaft anheuert, „wäre eine Cooling-off-Phase von drei Jahren wichtig“.

Kritisch betrachtet Fiedler auch, dass der Justizminister oberste Weisungsinstanz für die Staatsanwalt-

schaft ist. Er fordert einen eigenen Weisungsstrang, die Anklagebehörde sollte nicht an eine politische Instanz gebunden sein.

Er bemängelt die Milliardenhaftungen der Bundesländer: Nach wie vor gebe es keine bundeseinheitlichen Regelungen, was als Haftung gilt, und auch die Berechnungsmethoden seien unterschiedlich. „Haftungen für Banken müssen überhaupt nicht ausgewiesen werden. Das ist intransparent“, sagt Fiedler.

Transparency fordert von der Regierung weiters ein Informationsfreiheitsgesetz, das den Namen auch verdient. „Der aktuelle Gesetzesentwurf würde de facto nichts an der gegenwärtigen Amtsverschwiegenheit ändern“, erklärt Geiblinger. Als besonders korruptionsanfällig erachtet sie den Bereich Gesundheit. Notwendig wäre die gesetzliche Verpflichtung, Zuwendungen der Pharmaindustrie an Ärzte namentlich offenzulegen – und zwar in einem zentralen Veröffentlichungsregister.